



Den Kommunen drohen herbe Finanzkürzungen

D

ie Thüringer Kommunen werden im Jahr 2012 weitere heftige Kürzungen der Finanzmittel bei den Zuweisungen aus dem Landeshaushalt verkraften müssen.

Der seit 2011 für die Kommunal Finanzen zuständige Finanzminister (bisher war der Innenminister, der auch Kommunalminister ist, dafür verantwortlich) hat einen Landeshaushalt für 2012 entworfen, der ohne eine Nettoneuverschuldung auskommen soll. Diese politische Zielvorgabe konnte nur erreicht werden, indem erneut massiv bei den Kommunen gekürzt wurde.

Der Gemeinde- und Städtebund geht hierbei von Minderzuweisungen in einer Größenordnung von rund 250 Millionen Euro aus. Damit summieren sich die vom Land vorenthaltenen Mittel seit der Umstellung des Systems der Landeszuweisungen im Jahr

2008 auf mittlerweile eine Milliarde Euro. Besonders betroffen sind die Gemeinden und Städte, während die Landkreise noch verhältnismäßig günstig davonkommen.

Die Kürzungen bedeuten für die Gemeinden und Städte drastische Erhöhungen der kommunalen Abgaben (Steuern, Gebühren, Beiträge), weitere Einschränkungen von angebotenen Leistungen der Daseinsvorsorge (kürzere Öffnungszeiten, Schließung von Einrichtungen, Aussetzung von beabsichtigten Maßnahmen) und ein Verzicht auf notwendige Investitionen in die Unterhaltung der bereits bestehenden Infrastruktur.

Am stärksten setzt die Thüringer Landesregierung den Rotstift 2012 bei den Schlüsselzuweisungen an. Hier steuern die Gemein-

Fortsetzung Seite 3 ➡➡➡➡➡➡

Aus dem Inhalt:

4

Sebastian Schreiner:
Gemeinden werden doppelt bestraft

5

Klaus Perlt:
Reiches Deutschland – armes Deutschland

6

Stefan Wogawa:
Verwundetes Land

Der Vorstand des Vereins »kubiXX« hatte am 5. Oktober 2011 zu einem »Russischen Abend« eingeladen. Die Idee, Menschen zu bitten, mit anderen ihre Erinnerungen an die Sowjetunion auszutauschen, war offensichtlich gelungen. Niemand hatte damit gerechnet, dass der Abend solch ein Erfolg wird. Die Zeit reichte nicht, und die drei eingeplanten Stunden vergingen wie im Flug, weil sie mit interessanten Geschichten von Begegnungen mit Menschen aus dem gewesenen Riesenland oder seiner Nachfolgestaaten gefüllt waren.

Gerd Döllstedt erzählte von seiner Zeit als Erdgastrassenbauer im Gebiet um Perm. Einen noch tieferen Einblick gaben seine Fotos – was für ein Leben, was für eine Arbeit und was für eine unglaubliche Natur? Schwer vorstellbar, dass es ehemalige Trassenarbeiter gibt, die ihre Zeit dort vergessen könnten. Dieses Kapitel der Geschichte verdient durchaus eine weitere Vertiefung. Also Trassenerbauer, meldet Euch bei uns!



Erster »Russischer Abend«

Ebenso beeindruckend waren Matthias Bärwolffs wunderschöne Aufnahmen und spannende Berichte von seinen Mittelasiensreisen sowie die eingestreuten historischen Kenntnisse über die Blütezeiten der alten Kulturen in Buchara, Taschkent und Samarkand.

Die Tische im sonst kargen Vereinsdomizil waren nach russischer Sitte gedeckt – mit Matryoschkas, Lackdöschen und Konfekt. Gereicht wurden ukrainischer Borschtsch, »Salat Vinaigrette«, Pelmeni, belegte Brote mit Ei und Kaviar, Knoblauchgurken und »Tscheremscha« – eingelegter sibirischer Bärlauch.

Dieser wunderbare Abend sollte den Auftakt bilden für weitere Veranstaltungen dieser Art. Vielleicht ergibt es sich, dass der nächste »Russische Abend« schon mehr Vorbereiter hat, und vielleicht lässt sich auf diesem Weg die Gruppe der deutsch-russischen Freundschaft wiederbeleben, die noch in den 1990er Jahren bestanden hat.

Wir wollen den Gedanken der Freundschaft hochhalten – auch um die Leistungen des sowjetischen Volkes während des Großen Vaterländischen Krieges im Kampf gegen den Faschismus nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Angesichts des Wiedererstarkens der Nazis in Deutschland ist diese Aufgabe noch nicht erfüllt.

Christiane Kranz

Danke für das Vertrauen

DIE LINKE in Deutschland hat die Aufgabe, die Idee von einer Gesellschaft wach zu halten, in der das Kapital nicht mehr alles bestimmt. Neben uns gibt es leider nur wenige, die sich dieser Verpflichtung annehmen.

Die übergroße Mehrheit meint, der Kapitalismus mit seinem Wirtschaftssystem sei die beste Lösung, mehr Fortschritt könne es nicht geben.

Nein, das Ende der Geschichte ist der Kapitalismus mit Sicherheit nicht. Allerdings gefährdet er die Existenz der Menschheit. Kriege, Umweltzerstörung, Hunger, Diskriminierung, Vertreibung, Piraterie – das Kapital heckt Unheil ohne Ende und bislang in ständiger Wiederkehr. Diese Spirale muss ein Ende haben. Dem ist DIE LINKE verpflichtet. Kleiner ist die Anforderung nicht zu haben. Ihre Erfüllung erfordert Kompromisse und Umwege, Geduld und Stehvermögen, Bildung und Ideenreichtum, vor allem aber Solidarität zwischen den Mitstreitern und mit den vom Kapital am schärfsten Ausgebeuteten.

Fast alles, was die Teilnehmer der Gesamtmitgliederversammlung am 24. September 2011 diskutierten, waren Mosaiksteine zur Verbesserung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Es ging um die Energieversorgung der Zukunft, um einen gesetzlichen Mindestlohn statt prekärer Beschäftigung, um die Entwicklung der Städte und Gemeinden, um die Ver-

teilung der Finanzen, um Infrastruktur, Tourismus und Landwirtschaft sowie um mehr Demokratie und Antifaschismus.

Und es ging darum, Störendes aus der Arbeit der Partei zu entfernen. Es ging um die große Verantwortung, die die Vorstände und Fraktionen sowie die Mitglieder für die Erfüllung unserer Grundaufgabe tragen. Gezänk statt fairer Streit, Ausgrenzung statt Solidarität, Einigeln statt sich Öffnen – damit muss ein für alle Mal Schluss sein.

Solidarität, Transparenz und Demokratie sollen auch die Hauptmerkmale in der Arbeit des neu gewählten Kreisvorstandes sein. Diesen Anspruch hat ihm die Gesamtmitgliederversammlung ganz offensichtlich mit auf den Weg gegeben. Dem wollen wir uns stellen.

*

Für das Vertrauen, das die Teilnehmer der Versammlung in die Mitglieder des Kreisvorstandes der Gothaer LINKEN gesetzt haben, möchte ich mich ganz herzlich bedanken und bei Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, für die konstruktiv-kritische Anteilnahme an unserer Arbeit.



*Unser Autor:
Bernd Fundheller,
Vorsitzender des
Kreisverbandes
DIE LINKE.Gotha*

In Gedenken an einen aufrechten Menschen



Herbert Seifarth kannten sowohl viele Sympathisanten und Mitglieder der Partei DIE LINKE als auch viele Bürgerinnen und Bürger – nicht nur aus Mühlberg – als einen lebensbejahenden und zielbewussten Genossen, Kollegen und Mitbürger. Stets stand er umsichtig und mit besonderer Zuwendung seiner Familie zur Seite, aber auch seinen Freunden und Nachbarn bewies er zu jeder Zeit seine Aufmerksamkeit.

Einen großen Teil seiner Freizeit widmete Herbert einer prägenden Mitarbeit im Kreisvorstand DIE LINKE. Gotha sowie im Gemeinde- und Ortsteilrat als Vertreter seiner Partei. Darüber hinaus sah er im Wohl und Wehe des Deutschen Roten Kreuzes in der Gemeinde Mühlberg seit vielen Jahren seine ureigene Aufgabe. Und überall hat er ganze Arbeit geleistet.

So war eben Herbert – kollegial und hilfsbereit, freundlich und ausgleichend. Deshalb bleibt er uns unvergessen.

Wir trauern um unseren Genossen



Herbert Seifarth

aus Mühlberg

* 2. Oktober 1954 † 8. Oktober 2011

Kreisvorstand DIE LINKE. Gotha • »klarsicht«-Redaktion

den und Städte rund 184 Millionen Euro zur Sanierung des Landeshaushaltes bei. Die Schlüsselzuweisungen an die Landkreise werden um rund 65 Millionen Euro zusammengestrichen. Die Landesregierung begründet dies damit, dass die Gemeinden und Städte im Jahr 2011 deutliche Zuwächse bei den Grund- und Gewerbesteuern erzielen konnten. Hiervon profitieren letztlich auch die Landkreise über die Kreisumlage mit.

Die Absenkung der Schlüsselzuweisungen bedeutet beispielsweise für den Landkreis Gotha ein Minus von rund 5,3 Millionen Euro und für die Stadt Gotha ein Minus von rund 3,4 Millionen Euro. Die im Landkreis zweitgrößte Stadt Waltershausen (immerhin neben Gotha ebenfalls mit mehr als 10 000 Einwohnern) muss von einem Rückgang der Schlüsselzuweisungen im Umfang von rund 850 000 Euro ausgehen.

Die schwarz-rote Landesregierung unterschlägt dabei, dass die Steuermehreinnahmen nur deshalb zustande gekommen sind, weil der Freistaat bereits in diesem Jahr massiv bei den Zuweisungen gekürzt hatte und zur Kompensation die Kommunen zur sprunghaften Erhöhung der gemeindlichen Hebesätze genötigt hatte. Insofern stellen die zusätzlichen Einnahmen bei den eigenen Steuern kein zusätzliches Geld in den Haushalten dar, sondern sie sind lediglich der Ersatz für die Streichungen durch das Land. **Unterm Strich steht den Gemeinden und Städten also nicht mehr Geld zur Verfügung.**

Ohnehin sind die von der Thüringer Koalitionsregierung zur Anwendung gekommenen Methoden und Verfahren zur Berechnung der angemessenen Finanzausstattung höchst fragwürdig. Ausgangspunkt der politischen Debatte bildet das Urteil des Thüringer Verfassungsgerichtes im Jahr 2005. Damals hatte das Gericht die bis dahin geltende Praxis, dass der Freistaat willkürlich entscheiden kann, wie viel Prozent die Kommunen vom Landhaushalt abbekommen, als verfassungswidrig geklärt. Seit 2008 muss das Land nach Vorgabe des Verfassungsgerichtes zunächst ermitteln, welche Aufgaben die Kommunen haben und wie viel Geld sie dafür benötigen (angemessene Finanzausstattung). Zusätzlich müssen die Kommunen noch eigene Mittel haben, über die sie frei entscheiden können.

Die Art und Weise, wie das Bundesland den Bedarf der Kommunen ermittelt, steht von Anfang an in der Kritik. Ausgangspunkt der statistischen Manipulationen bildeten dabei die Ist-Ausgaben der Jahre 2003 bis 2005. Das waren aber genau diejenigen Jahre, in denen die Gemeinden und Städte wegen Änderungen im Steuerrecht – beschlossen durch den Bund und mitverantworten durch die Länder im Bundesrat – eine Delle bei den Gewerbesteuereinnahmen zu verkraften hatten. Gleichzeitig hatte in diesem Zeitraum das Land seine Zuweisungen reduziert. Die Kommunen konnten also objektiv weniger Geld ausgeben. Daraus abzuleiten, dass dies der eigentliche Bedarf sei, ist eine fahrlässige Fehlinterpretation der Vorgaben des Verfassungsgerichtes.

Diese Manipulationen wurden anschließend noch mehrmals hin und her gerechnet, bis ein für die Landesregierung passables Bild entstand, wonach die Kommunen besonders reich und die

Den Kommunen drohen herbe Finanzkürzungen

Von Sascha Bilay,
Wissenschaftlicher
Mitarbeiter
für
Kommunalpolitik
und
Verwaltungsreformpolitik |
DIE LINKE. Kreisverband Eisenach



notwendigen Ausgaben besonders niedrig waren. Diese manipulierte Datenbasis wurde bis heute fortgeschrieben.

Für 2012 verschärft die Thüringer Koalitionsregierung nochmals die Zahlen. Das Verfahren wird auf das sogenannte Benchmarking umgestellt. Dabei werden Gruppen aus erstens den Landkreisen, zweitens den kreisfreien Städten, drittens den großen kreisangehörigen Städten und viertens aus allen übrigen Gemeinden, Städten und Verwaltungsgemeinschaften gebildet. In den ersten drei Verwaltungstypen werden jeweils die drei Besten aus der Gruppe zum Maßstab gemacht. Wer schlechter ist als der Durchschnitt dieser drei Besten, bekommt seine tatsächlichen Ausgaben darüber nicht anerkannt. In der vierten Gruppe, die immerhin rund 97 Prozent aller kommunalen Verwaltungsstrukturen ausmacht, wird die Spitzengruppe der Sparsamkeit aus den besten zehn Prozent der Gemeinden gebildet.

Allein daran zeigt sich, dass bei der Berechnung des Finanzbedarfs auch künftig zahlreiche politische und willkürliche Elemente einfließen, die im Zweifelsfall zu Lasten der Kommunen gehen. Eine wissenschaftlich nachprüfbar und vor allem neutrale Berechnung des Kommunalen Finanzausgleichs bleibt die Landesregierung weiterhin schuldig. **Anstatt endlich die Vorgaben des Verfassungsgerichtes eins zu eins umzusetzen, werden neue Baustellen geschaffen, die letztlich wieder nur durch die Verfassungsrichter in Weimar beseitigt werden können.**

Unabhängig davon müssen die Kommunen gegenüber dem Land Thüringen deutlich machen, welche Auswirkungen diese erneuten Manipulationen auf die Leistungsfähigkeit und das Angebot der Leistungen vor Ort haben. Weitere Einschränkungen der Lebensqualität in den einzelnen Gemeinden und Städten können nicht tatenlos hingenommen werden.

Hierzu empfiehlt es sich, zunächst auf die Landtagsabgeordneten der Regierungskoalition in den Wahlkreisen zuzugehen und ihnen plastisch vor Augen zu führen, welche Konsequenzen im nächsten Jahr real drohen. Zusätzlich können die Gemeinderäte ihre Anforderungen an den Kommunalen Finanzausgleich für 2012 in Form einer Resolution gegenüber der Landesebene deutlich machen. Dafür haben der Gemeinde- und Städtebund sowie die Landtagsfraktion DIE LINKE teilweise ähnliche Muster erarbeitet.



Unser Autor:
Sebastian Schreiner

Einbringung des Haushaltes 2012

Auf Grund der vorausgegangenen Pressemitteilungen aus dem Landratsamt und der Stellungnahmen des Gemeinde- und Städtebundes zum Kommunalen Finanzausgleich (KFA) sowie wegen des Protestes vieler Bürgermeister nach Bekanntgabe der Höhe der Schlüsselzuweisungen war sich vermuten, dass mit der Einbringung des Kreishaushaltes 2012 wenig Gutes auf die Kommunalpolitiker zukommen wird.

Zwar ist es der Kreisverwaltung gelungen, den 22. Haushaltsplan nach der Wende bezüglich seiner Einnahmen und Ausgaben auszugleichen. Aber auch im Landkreis Gotha geschieht dies auf Kosten der Städte und Gemeinden, die nun eine höhere Kreisumlage zahlen sollen. Sie selbst werden geringere Zuweisungen vom Freistaat bekommen und müssen zusätzlich die »Mindereinnahmen« des Landkreises ausgleichen.

Die Kreisumlage soll von 29,7 Prozent auf 37,1 Prozent steigen. Der Verwaltungshaushalt des Landkreises Gotha umfasst für 2012 rund 127,8 Millionen Euro und der Vermögenshaushalt 10,9 Millionen Euro – wenn er denn so beschlossen wird. Eine Kreditaufnahme ist nicht vorgesehen.

Gemeinden werden doppelt bestraft

Die von der Thüringer Landespolitik verursachte prekäre Situation bei den kommunalen Finanzen zwingt sogar Landrat Konrad Gießmann (CDU) dazu, die schwarzrote Koalitionsregierung zu kritisieren. Viele Gothaer Kreistagsabgeordnete unterzeichneten eine Resolution des Gemeinde- und Städtebundes gegen diesen finanziellen »Kahlschlag«, wie ihn Gießmann selbst bezeichnete.

Näheres zu den Haushaltsdaten und zu den Änderungsanträgen der Fraktionen wird in der nächsten »klarsicht«-Ausgabe zu erfahren sein. Zuvor haben die Abgeordneten des Kreistages bis Ende Oktober Zeit, sich mit dem 530 Seiten umfassenden Werk auseinanderzusetzen.

Ringens um die Thüringen-Philharmonie

Eine Mehrheit des Gothaer Kreistages stimmte der veränderten Finanzierungsvereinbarung zum Erhalt der Thüringen-Philharmonie zu. Trotz der jährlichen Mehrbelastung von 66 600 Euro ist es wichtig, ein solches erstklassisches Orchester auch weiterhin zu betreiben, befand Dietmar Drescher, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der LINKEN.

Jörg Kellner, CDU-Fraktionschef, bemühte sogar ein Zitat Napoleons, der sich ebenfalls als ein Förderer der Musik sah, und stellte es als eine Pflicht heraus, diese kulturelle Einrichtung zu unterstützen. Seine Rede sollte vermutlich dazu beitragen, Gegenstimmen aus den eigenen Reihen im Zaume zu halten. Einige CDU-Kreistagsabgeordnete stimmten dennoch gegen die Finanzierungsvereinbarung.

DIE LINKE legte den Grundstein für einen Sozialpass

Neben der Diskussion um die Bezuschussung des Schulessens, die wieder in den Ausschuss überwiesen wurde, stellte die Kreistagsfraktion DIE LINKE einen An-

trag zum Thema »Bildungspaket umsetzen – erste Schritte gehen«.

Dieser sieht im Wesentlichen drei Punkte vor:

Erstens schlägt die Fraktion der LINKEN vor, das Niveau für die Zuschüsse zum Essengeld zu halten.

Zweitens wird angedacht, dass der Landkreis Gotha in eigener Verantwortung das Bildungspaket umsetzen könnte. Dabei bestünde sogar die Möglichkeit, durch die vom Bund einzufordernden Ausgleichszahlungen für die Verwaltungskosten am Ende ein Plus zu erzielen.

Drittens ist die Einführung eines Sozialpasses geplant. Der Landrat wird beauftragt, mögliche Wege für die Umsetzung einer solchen Maßnahme aufzuzeigen. Dazu soll sich der Landkreis Gotha an der Stadt Erfurt orientieren, die bereits vor Jahren einen Sozialpass eingeführt hat. Mit diesem können Betroffene – hier vor allem Kinder aus benachteiligten Familien – Vergünstigungen in den kreiseigenen Einrichtungen erhalten und Antragsverfahren wesentlich erleichtert werden.

DIE LINKE.
im Kreistag Gotha

Kontakt:

99867 Gotha, Blumenbachstraße 5

Fon:

03621/856162 | 856166

Fax:

03621/856164 | Vera Fitzke
(V.i.S.d.P.)

f kurz und fündig

So voll ist die Lohntüte

Das durchschnittliche Monatseinkommen in der Industrie im Kreis Gotha liegt bei 2169 Euro. Das entspricht 69 Prozent des Bundesdurchschnitts von 3105 Euro und 101 Prozent des Durchschnitts in Thüringen von 2142 Euro.

Die höchsten deutschen Einkommen in der Industrie werden mit 5546 Euro in der kreisfreien Stadt Stuttgart (Baden-Württemberg) erzielt (178 Prozent des Bundesdurchschnitts). Die geringsten Einkommen in der Industrie (50 Prozent des Bundesdurchschnitts) findet man mit 1566 Euro im Kreis Nordvorpommern (Mecklenburg-Vorpommern).

So viele sind ohne Beschäftigung

Im August 2011 betrug die Arbeitslosenquote im Kreis Gotha 7,8 Prozent. Damit lag der Kreis unter dem Landesdurchschnitt in Thüringen von 8,5 Prozent und über dem Bundesdurchschnitt von 7 Prozent.

So viel Platz hat jeder für sich

38,4 Quadratmeter Wohnfläche hat jeder Einwohner des Kreises Gotha im Durchschnitt für sich. Das sind 2,4 Quadratmeter weniger als der Bundesdurchschnitt von 40,8 Quadratmetern. Die durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner in Thüringen liegt bei 38,3 Quadratmetern.

Quelle:

Statistisches Landesamt Thüringen

Statistisch gesehen besitzt heute jeder deutsche Haushalt ein Geldvermögen von 84 000 Euro. In der Summe handelt es sich um 5,2 Billionen Euro. Dieses reine Geldvermögen ist aber nur ein geringer Teil gegenüber den anderen Vermögenswerten. Der Haushalt der Bundesrepublik Deutschland wird sich 2012 auf 306 Milliarden Euro belaufen. Darin sind 40 Milliarden Euro als Zinsen für ca. 2 Billionen Euro Staatsschulden enthalten. Die Neuverschuldung soll 27,2 Milliarden Euro ausmachen.

In anderen Statistiken ist zu lesen, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklafft. Auch die Thüringer Kommunen beklagen, dass sie künftig immer weniger Geld zur Verfügung haben werden. Wir alle kennen die Ursachen für diese Fehlentwicklungen.

Ausgerechnet eine von SPD und Grünen geführte Bundesregierung hatte sich mit ihrer neoliberalen Politik für die Vertreter des Kapitals stark gemacht und den Lobbyisten kräftig in die Arme gespielt. Die Auswirkungen spüren wir heute in einem immer stärkeren Verlust an Kaufkraft bei einem großen Teil der deutschen Bevölkerung. Natürlich ist wahr, dass das Kapital international operiert und sich wenig um die Regierungen einzelner Nationalstaaten schert. Aber die Geschenke der Schröder-Regierung haben ihm enorme Zusatzprofite gebracht.

Wenn man die Haushaltsdiskussionen in allen Ebenen verfolgt, so geht es immer nur um Einsparungen. Ich bin auch dafür, dass die Haushaltsmittel sinnvoll eingesetzt werden, aber es ist abzusehen, dass wieder dort gespart wird, wo man nicht sparen darf. In den Kommunen wird es zur Schließung von Schwimmbädern und anderen Einrichtungen kommen. Die Kindergartengebühren werden weiter steigen, und viele freiwillige Leistungen werden einfach nicht mehr finanzierbar sein.

Ist es nicht so, dass es um eine gerechtere Verteilung des Reichtums gehen muss? Deutschland ist kein armes Land, aber 10 Prozent der Bundesbürger besitzen 61 Prozent des Geldvermögens (ca. 3,2 Billionen Euro, also das 1,5-Fache der Verschuldung Deutschlands). Die übrigen 90 Prozent der Bevölkerung besitzen damit nur 31 Prozent des Geldvermögens. Viele Haushalte sind überschuldet. Fast jeder muss bestimmte Versicherungen, Steuern, Mieten, Beiträge und andere Fixkosten bezahlen. Wenn man diese Kosten ins Verhältnis zum verfügbaren Einkommen setzt, erkennt man, wie viele arme Menschen wir in diesem reichen Land haben.

Es ist eine Schande, dass Menschen nur noch überleben können, weil es Tafeln gibt. Warum gibt es aber hier Menschen, die mit ihrem Einkommen einfach nicht über die Runden kommen können? Warum müssen Löhne staatlich über die Arge gestützt werden? Es sind die Hartz-IV-Regelungen, es sind

die Zeitarbeitsfirmen, die als moderne Sklavenhalter agieren, es sind die Hedge-Fonds, wo Manager dafür belohnt werden, wenn Firmen in den Konkurs geschickt werden und/oder tausende Menschen ihre Arbeit verlieren. Es ist die ungezügelte Profitsucht der Manager der Banken und Monopole, die vor nichts zurückschrecken.

Wenn beispielsweise die Manager der 30 führenden DAX-Unternehmen ein monatliches Einkommen von über 180 000 Euro erhalten, was einer Steigerung von über 9 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht, weiß man, dass der erwirtschaftete Reichtum nur einzelnen zu Gute kommt. Aber diejenigen, die diesen Reichtum erwirtschaften, haben mit einem sinkenden Realeinkommen zu kämpfen.

Der Zweite Weltkrieg war vor 66 Jahren zu Ende. Wir müssen in Deutschland keine Zerstörungen mehr beseitigen. Wir erwirtschaften



ten nur noch Reichtümer. Es ist abartig, dass dann für die breite Masse so wenig übrig bleibt. Bei der Kraft der deutschen Wirtschaft muss einfach für jeden ein bedingungsloses Grundeinkommen von 1000 Euro pro Monat verfügbar sein. Viele Menschen könnten sich dann gesellschaftlich notwendigen Aufgaben widmen, die eventuell vordergründig keinen Profit abwerfen, aber längerfristige Erfolge versprechen.

Ich denke hier zum Beispiel an ehrenamtliche Arbeit verschiedenster Art, denn welcher ALG-II-Empfänger kann es sich heute leisten, ehrenamtlich tätig zu werden, wenn er auf seinen Kosten sitzen bleibt. Mit dem bedingungslosen Grundeinkommen würde die gesellschaftliche Anerkennung jeglicher Arbeit honoriert, und viele materielle Probleme einer großen Masse unserer Bevölkerung könnten der Vergangenheit angehören.

Was nützt uns der gesamtgesellschaftliche Reichtum Deutschlands, wenn er sich in den Händen Weniger konzentriert? Der Konsum, der von diesen ausgeht, erstreckt sich vorwiegend auf Luxusgüter. Hätten die breite Masse mehr Geld zur Verfügung, würde letztendlich der gesamte Staat davon profitieren. Die Menschen würden in viel größerem Umfang als bisher ihre Häuser ökologisch umgestalten, moderne, energiesparende Technologien im Haushalt einsetzen und damit die Inlandnachfrage nach bestimmten Konsum- und Investitionsgütern so stark steigern, dass dies für den Arbeitsmarkt eine positive Wirkung hätte.

Es sind aber nicht nur die Arbeiter und Angestellten, die mit einem sinkenden Realeinkommen zu kämpfen haben, es sind auch viele kleine Handwerksbetriebe und Selbstständige, die oft am Existenzminimum leben. Diese würden auch davon profitieren, wenn sich der größte Teil der Bevölkerung dank eines vernünftigen Einkommens, das es in anderen europäischen EU-Staaten gibt, wieder Handwerker zur Erledigung bestimmter Arbeiten leisten könnten. Es ist einfach nicht nachvollziehbar, warum es in Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Staaten so ein niedriges Einkommensniveau für viele Menschen gibt. Es ist beschämend für die Politik.

Hier ist noch ein weiterer Aspekt, der in politischen Kreisen zum Nachdenken führen sollte. Es ist der Wahnsinn dieses ausufernden Kapitalismus, der aber Methode hat. Die Werbung verschlingt Milliarden Euro, aber man kann ja sein immer geringeres Realeinkommen nur ein Mal ausgeben. Über ein Drittel der produzierten Lebensmittel gelangt in den Müll (der größte Teil im Handel) und verteuert damit weltweit die Lebensmittelpreise, die auch die Menschen in Afrika bezahlen müssen. Allein die in den USA weggeworfene Menge würde reichen, um in Afrika mehrfach den Hunger zu beenden. Aber das ist eben der American way of life, bei dem auf Menschlichkeit keine Rücksicht genommen wird (das Recht des Stärkeren).

Wie oben beschrieben, fehlt dem Staat Geld, um vernünftig die ihm obliegenden Aufgaben erfüllen zu können. Warum beteiligt man nicht wieder die Reichen, wie vor der Schröder-Regierung an der Finanzierung des Staatshaushaltes?

*

Es wird allerhöchste Zeit, die Vermögenssteuer zu erheben und eine Finanztransaktionssteuer einzuführen. Wer hohe Einkommen hat, soll auch höhere Steuern zahlen. Es wird Zeit, dass bestimmte Schmarotzer zur Kasse gebeten werden. Und wenn die von der Schröder-Regierung bei den Reichen eingesparten 50 Milliarden Euro wieder zur Verfügung stünden, dann wäre es auch möglich, unentgeltliche Kindergartenplätze zu schaffen und allen Schulkindern ein Mittagessen zur Verfügung zu stellen.

Verwundetes Land

Das evangelische Augustinerkloster in Erfurt – ab 1277 erbaut, heute ein Denkmal mittelalterlicher Ordensbaukunst und weithin bekannt als bedeutende Lutherstätte – rückte um den 23. September 2011 in den Mittelpunkt weltweiter Aufmerksamkeit. Der Besuch von Papst Benedikt der XVI. in der Tagungs- und Begegnungsstätte, sein dort abgehaltenes Treffen mit evangelischen Christen – auch wenn die wirkliche Bedeutung wegen fehlender Signale zur Ökumene umstritten ist (der evangelische Theologe Friedrich Schorlemmer etwa schätzte schon im Vorfeld ein, es sei »allenfalls ein Symbol«) – wurde in den Medien rund um die Welt breit widerspiegelt.

Worauf allerdings kein Berichterstatter einging: Der Schutz des Augustinerklosters und dessen berühmter »Lutherstube« in den unruhigen Nachkriegstagen des Sommers 1945 ist der Roten Armee zu verdanken.

Noch am frühen Abend des 25. Februars 1945 war der gesamte Klosterbereich bei einem britischen Bombenangriff auf Erfurt schwer beschädigt worden. Durch Volltreffer wurden das spätgotische Bibliotheksgebäude und die Waidhäuser völlig zerstört. Erfurt – ein großer Militärstandort mit Garnisonen und Rüstungsbetrieben wie den Mitteldeutschen Metallwerken (Flugzeugreparatur sowie Produktion von Flugzeugteilen) – war ab 1940 mehrfach Ziel solcher Angriffe.

Tragisch: Viele Erfurter – die meisten von ihnen Frauen und Kinder, viele davon aus dem evangelischen Waisenhaus – hatten im Keller der Klosterbibliothek, einem öffentlichen Luftschutzraum, Zuflucht gesucht. Nur ein Mädchen konnte schwer verletzt gerettet werden, 267 Menschen fanden dort den Tod.

Im April 1945 war Thüringen zunächst von amerikanischen Truppen besetzt worden. Sie verließen dann gemäß dem Jalta-Abkommen der Anti-Hitler-Koalition Thüringen wieder, und die 8. Gardarmee der Roten Armee unter Generaloberst Wassili Iwanowitsch Tschuikow, der sie von der Schlacht um Stalingrad bis zur Schlacht um Berlin befehligt hatte, rückte Anfang Juli 1945 ein.

In Weimar kam am 3. Juli 1945 auch Oberleutnant Garegin Gareginowitsch Marutow an – Politoffizier bei der 8. Gardarmee. Er fand eine, wie er sich später erinnerte, »vom Krieg geschändete Stadt in einem verwundeten Land« vor.

Marutow hatte vor dem Krieg als Journalist im Moskauer Verlag für Kinderbücher gearbeitet. Nach dem deutschen Überfall wurde er Soldat, kämpfte in Stalingrad, sein Bruder fiel dort, ebenso der Cousin und viele Freunde. Seine Frau und die schwerkranke Mutter waren ins Gebiet von Kuibyschew evakuiert worden.

Hass auf die Deutschen sei ihm trotz seiner Erlebnisse fremd gewesen, schrieb Marutow später. Gemeinsam mit Mitgliedern



Das Erfurter Augustinerkloster wurde in der unruhigen Nachkriegszeit von der Roten Armee geschützt. Eine wichtige Rolle spielte dabei Oberleutnant Garegin Marutow.

des Nationalkomitees Freies Deutschland hatte er deutsche Kriegsgefangene unterrichtet. Marutow war sogar Goethe-Verehrer geblieben.

Der Oberleutnant setzte sich bei einem Vorgesetzten deshalb für den Schutz der Klassikerstätten in Weimar ein. Prompt bekam er am 14. Juli 1945 einen Befehl des Chefs des Stabes der 8. Gardarmee, Generalmajor Witali Andrejewitsch Beljowski, in die Hand gedrückt: Der Kommandeur der sowjetischen Panzerjäger-Brigade in Erfurt solle

Posten abstellen »für die ständige Sicherheit der Klosterzelle Martin Luthers im Augustinerkloster in Übereinstimmung mit dem Überbringer des Befehls, Oberleutnant Marutow«. Auch vor dem Weimarer Goethe-Archiv, dem Gartenhaus an der Ilm und dem Wohnhaus am Frauenplan zogen sowjetische Posten auf.

Marutow fuhr mit einem Kameraden nach Erfurt und suchte das Augustinerkloster. Der Anblick schockierte ihn: »Trostlos war das Bild, das sich uns darbot: Verödet lag das Klostergebäude, herrenlos, der Südwestteil in Trümmern. Weit und breit keine Menschenseele, Totenstille.«

Martin Luther war fast genau auf den Tag 440 Jahre früher im Kloster der Augustiner-Eremiten aufgenommen worden, lebte hier von 1505 bis 1511 als Mönch, wurde 1507 zum Priester geweiht und las am 2. Mai 1507 seine erste Messe. Doch Marutow zweifelte

zunächst: »Und jene düstere, leer stehende und durch Granateinschlag und Bombardierung stark beschädigte Kammer sollte die Luther-Zelle sein?!« Sie war es.

Beim Erfurter Stadtkommandanten der Roten Armee forderte Marutow Posten zum Schutz des Augustinerklosters vor Plündern und Schiebern an. Einen knappen Monat später ehrte Generaloberst Tschuikow – inzwischen Chef der Militäradministration in Thüringen – Goethe und Schiller mit einer Kranzniederlegung in Weimar.

Als Garegin Marutow noch 1945 ins zivile Leben zurückkehren konnte, »standen am Augustinerkloster in Erfurt – bewaffnet mit MG – sowjetische Soldaten Wache – bereit, jedem eine empfindliche Lehre zu erteilen, der sich am deutschen Kulturgut vergreifen wollte«. Im Jahr 1983 war er Gast der Stadt Erfurt.

Stefan Wogawa

Die Zitate und das Bild sind einer Broschüre der »Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft« (DSF) aus den 1980er Jahren entnommen, die Gerhard Mendl (Erfurt) der Redaktion freundlicherweise zur Verfügung stellte.

Gefunden im linken Info-Portal »Thüringen Links« unter www.linkesthueringen.de

Dagmar Gelbke – die in Leipzig geborene sympathische Wahl-Berlinerin – ist ein Multitalent: Journalistin, Fremdsprachenkorrespondentin, Fotografin. Und nachdem sie Heinz Quermann im Talent-Wettbewerb »Herzklopfen kostenlos« entdeckte, multiplizierte sie ihre Begabungen und wurde Sängerin, Tänzerin, Schauspielerin. Zu DDR-Zeiten war sie im Friedrichstadtpalast, im Metropol-Theater, in großen und kleinen Kulturhäusern zu Hause. Sechs Jahre lang trat sie mit Helga Hahnemann als komisches Duo auf.

Heute ist Dagmar Gelbke vor allem Kabarettistin. Die Vielfalt ist auch in diesem Metier ihre Stärke. Vom Gesang bis zum Steptanz, vom Minenspiel bis zur grazilen oder derben Bewegung beherrscht sie das künstlerische Repertoire. Seit dreizehn Jahren ist sie mit dem Kabarett »Die Oderhähne« liiert. Dort gestaltet sie unter anderem ein Helga-Hahnemann-Programm, das immer ausverkauft ist.

In diesem Ensemble verbindet sie auch eine enge Kollegialität mit Margit Meller. Mit ihr und Uwe Karpa macht Dagmar Gelbke die kabarettistische Hommage an Sigmund Freud: »Jeder trage des anderen Lust«. Darin geht es neben der sexuellen Lust auch um die gehobenen und aktuellen Formen menschlicher Lüste, wie Geldgier, Macht-Geilheit oder Kriegslüsternheit. In einer gekonnten Mischung aus Wortwitz, Musik, Gesang und Tanz präsentiert sie ihre vielfältigen Rollen auch auf Thüringer Bühnen.

Sie haben auch zwei Kochbücher geschrieben?

Na ja, Kochbücher ist eigentlich übertrieben. Ich hatte Freunde und Bekannte zum Küchentratsch eingeladen. Spontan fanden sich viele alte und neue Kollegen von Bühne, Film und Fernsehen in meiner Küche ein, um das Süsschen aus dem Osten mit ganz persönlichen Lebens- und Überlebensrezepten zu würzen. So kamen Stars mit Rezepten, und es entstand ein Küchentratsch für Fortgeschrittene.

Die Schauspieler Otto Mellies und Jacky Schwarz waren dabei, die Sängerinnen Ilse Werner, Angelika Mann, Ute Freudenberg und Inka, die Nachrichtensprecher Klaus Feldmann und Wilhelm Wieben, die Jazz-Musiker Uschi Brüning und Ernst-Ludwig Petrowski – um nur einige zu nennen. Sie wollten alle ihren Senf – pardon – ihr Rezept dazu geben.

Auch Politiker haben sich in Ihrer »Brutzelfibel« verewigt?

Ja, zum Beispiel Regine Hildebrandt. Ich traf sie vor allem als Frau, die mir sympathisch war und vor der ich Hochachtung habe. Sie war eine Politikerin mit Herz und Verstand. Das soll man erst einmal nachmachen, trotz hoher Funktion im Staat frei von der Leber weg zu reden, der Star in allen etablierten Talkshows zu sein und im wahrsten Sinne des Wortes als Volksvertreterin beim Volk eine breite Akzeptanz zu finden.

Und weil Regine Hildebrandt so war, wie sie war, fand sie auch spontan Zeit, mich, ohne lange Dienstwege einhalten zu müssen, ganz privat zu empfangen und mir ihre winzige Küche zu zeigen, in der sie an den Wochenenden immer für fast zwanzig Personen (!) kochte. Wie sie lebt, so dachte ich, würde sie auch regieren. Ich konnte sie mir sogar als Regierende Bürgermeisterin oder Bundeskanzlerin vorstellen. Aber Regine Hildebrandt hat sich ja nicht nominieren lassen. Schade! Aber kaum einer hat die Menschen Ostdeutschlands so bewegt wie die »Mutter Courage des Ostens«.

Regine Hildebrandt hat deutliche Spuren hinterlassen. Durch ihr Handeln hat sie sich für viele zum Nacheifern empfohlen. Und ich freue mich, dass der SPD-Parteivorstand den »Regine-Hildebrandt-Preis der deutschen Sozialdemokratie« gestiftet hat. Er wird an Perso-



»klarsicht«-Kulturredakteurin Ursula Weidenbecher im angeregten Gespräch über Suppen, Braten und Persönlichkeiten mit Dagmar Gelbke (r.i.B.).

nen oder gesellschaftliche Gruppen vergeben, die im Sinne von Regine Hildebrandt für Ostdeutschland und seine Menschen wirken: für die innere Einheit Deutschlands, gegen Rechtsextremismus und Gewalt sowie für Frieden, Freiheit und soziale Gerechtigkeit.

Sie haben sich auch über das Buch Ihrer Kollegin Gisela Oechelhaeuser geäußert?

Ja. In »Hiergeblieben! – Ein Leben in Geschichten« zeigt die Oechelhaeuser Zusammenhänge von Gestrigem und Heutigem. Es ist so geschrieben, dass ich vor Neid zerplatzen könnte – humorvoll, analytisch, streitbar. Nichts hat sie weggelassen: nicht ihren Ehrgeiz, dazu gehören zu wollen – sprich Anerkennung zu finden –, ihren Beitritt zur SED und ihre IM-Unterschrift von 1976 auch nicht, genau so wenig ihre Funktionen im gehobenen Geflecht der sozialistischen Kulturlandschaft oder ihre bis heute unerschütterliche visionäre Lebenseinstellung, die von der Hoffnung auf eine gerechte Welt geprägt ist. Und sie hat auch nicht verschwiegen, dass sie deswegen 1999 als »Distel«-Intendantin gefeuert wurde.

Ich kenne Dr. Gigi, wie wir sie noch immer liebevoll nennen, aus den Glasnost-Zeiten im Komitee für Unterhaltungskunst der DDR, verehere sie als eine besonders intelligente und ansteckend engagierte Frau sowie als Vollblutkabarettistin.

Ich habe die Akte der Oechelhaeuser gelesen. Als Journalistin bekam ich sie eine Woche früher als die »Verräterin«. Nach vier Jahren war diese Akte bereits wieder geschlossen, da »IM Gisela« nicht mehr zuverlässig war. (Sie hatte ihrem Mann von ihrer IM-Tätigkeit gebeichtet). Ich fand in schlechtem Deutsch wiedergegebene bedeutungslose »Berichte«, die ich nur als Gesülze bezeichnen kann.

Die Oechelhaeuser schreibt, dass sie sich für diese Unterschrift nicht schämt, wohl aber für jede »unnötige Enttäuschung«, die sie anderen zugefügt hat. Nun soll jeder für sich entscheiden, sie zu verurteilen will oder nicht. Wer will denn schon mit Steinen werfen in einem Staat, der heute seine Bürger wieder dazu anhält, den Nachbarn zu bespitzeln?

...mit
**Dagmar
Gelbke**

Irgendwo habe ich mal gelesen, der 9. November sei der »Schicksalstag der Deutschen«. Bei diesem Begriff wurde ich gleich zweimal stutzig. Nicht das Schicksal bestimmte die vielen Ereignisse an einem 9. November in den letzten drei Jahrhunderten, sondern die Auseinandersetzungen zwischen Herrschenden und Beherrschten, die Unterschiede zwischen Besitzenden und Besitzlosen, die Kämpfe zwischen Unterdrückern und Unterdrückten waren dafür ausschlaggebend.

Meine zweite Frage lautet: Um welche Deutsche handelt es sich? Vielleicht um jene, die für »Einigkeit und Recht und Freiheit« kämpfen? Welche Einigkeit, wessen Recht und wessen Freiheit sind dann gemeint?

Ich habe nun die Ereignisse der 9. November ein wenig sortiert, und der geneigte Leser möge die Deutschen nach Herrschern, Besitzenden und Unterdrückern bzw. nach deren Pendanten zuordnen. Viel Spaß! Zustimmung, Ergänzungen, Korrekturen und Beschimpfungen sind ausdrücklich erwünscht.

Alles an einem 9. November:
 1848: Bürgerliche Revolution in Deutschland, Erschießung Robert Blums. 1892: Gründung der Deutschen Friedensgesellschaft, u. a. von Berta von Suttner. 1918: Novemberrevolution in Deutschland, Ausrufung der »Räterepublik« durch Karl Liebknecht. 1918: Gründung der »Roten Fahne« von Karl Lieb-

necht und Rosa Luxemburg. 1949–1989: Tag des Chemearbeiters in der DDR. 1967: Plakatenthüllung an der Hamburger Uni (»Unter den Talaren – Muff von 1000 Jahren«). 2006: Markus Wolf gestorben, Chef der Hauptverwaltung Aufklärung im Ministerium für Staatssicherheit der DDR.

Ebenfalls an einem 9. November:

1918: Novemberrevolution in Deutschland, Ausrufung der »Deutschen Republik« durch Philipp Scheidemann. 1923: Kapp-Putsch, Einmarsch der Reichswehr in Mitteldeutschland. 1923: Niederschlagung des Hitler-Ludendorff-Putsches in München. 1925: Gründung der »Schutzstaffel« (SS) durch Adolf Hitler. 1938: »Reichspogromnacht«, Beginn der Judenverfolgung durch die deutschen Faschisten.

1989: Grenzöffnung der DDR zur BRD (Günter Schabowski: »Das tritt nach meiner Kenntnis ... ist das sofort, unverzüglich.«).

Und nochmals an einem 9. November:

1944: Verleihung des Nobelpreises für Chemie an Otto Hahn. 1992: Inkrafttreten des KSE-Vertrages von 1990 zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt. 1999: Verurteilung von vier deutschen Hooligans wegen des Überfalls auf einen französischen Gendarmen. 2005: Start der ESA-Raumsonde vom kasachischen Weltraumbahnhof Baikonur.

Eure deutsche Schicksals-Klara

DIE AKTUELLE GLOSSE



NIEDERMEIEREIEN / Euro-Land ist abgebrannt

Pleitegeier flieg! Die Banker führen Krieg.
 Mit faulen Hedgefonds fing es an.
 Betrogen wird der kleine Mann.
 Pleitegeier flieg!

Kleiner Mann spar'! Wofür, ist nicht ganz klar.
 Wer ständig nur Ausgaben kürzt,
 weiß, dass der Bau zusammenstürzt.
 Das ist wohl wahr!

Pleitegeier flieg! Die Banker führen Krieg.
 Der Schuldige war gleich bekannt:
 Der kleine Mann in Griechenland.
 Pleitegeier flieg!

Südländer spart! Wird auch das Leben hart.
 Europas Einheit wird dabei
 zur reinen Phrasendrescherei.
 Südländer spart!

Pleitegeier flieg! Die Banker führen Krieg.
 Italien, Spanien, Portugal
 befinden sich im freien Fall.
 Pleitegeier flieg!

Man frisst dich, du Narr,
 bald auf mit Haut und Paar,
 bis man gar nichts mehr holen kann
 von dir, du nackter, kleiner Mann.

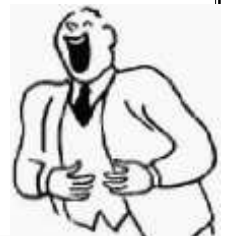
Pleitegeier flieg! Die Banker führen Krieg.
 Jetzt ist schon halb Europa dran
 und sparen soll der kleine Mann.
 Pleitegeier flieg!

Pleitegeier flieg! Die Banker führen Krieg.
 Bald ist das ganze Euro-Land
 zerstritten, arm und abgebrannt.
 Pleitegeier flieg!

Kleiner Mann spar'! So heißt es Jahr um Jahr.
 Die Not allein der Arme spürt,
 damit der Reiche reicher wird.
 Kleiner Mann spar'!

Auch die USA sind dem Ruin ganz nah.
 Für Banken und Konzerne wird
 an allen Enden Krieg geführt.
 Halleluja!

Heinz Niedermeier



Historische Ereignisse

Teil 8 und Schluss der Artikelserie: Fünfzig Jahre nach dem 13. August 1961

Die Grenzen sind seit über zwanzig Jahren verschwunden. Die Blockkonfrontation zwischen der NATO und dem Warschauer Vertrag ist seit den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts Geschichte. Der Warschauer Vertrag wurde mit dem Zerfall der »sozialistischen Staatengemeinschaft« aufgelöst. Jedoch das auf Krieg ausgerichtete Militärbündnis NATO der ehemals westlichen Staatengemeinschaft existiert weiter.

Die Bundesrepublik Deutschland spielt nach dem Beitritt der DDR zur BRD im Jahre 1990 in diesem Bündnis eine entscheidende Rolle. Sie ist seit dem Jugoslawien-Krieg 1999 mit ihrer Bundeswehr an Kriegen bis in die Gegenwart aktiv beteiligt. Das zwischen der BRD und der DDR vereinbarte politische Bekenntnis »Von deutschem Boden darf niemals wieder Krieg ausgehen, sondern nur Friede« hat für das Deutschland von heute seine Bedeutung verloren. Es wird von der Bundesregierung mit Füßen getreten. »Bündnis-Verpflichtungen«, »Humanitäre Hilfe« – so lauten die Begriffe, die für deutsche Kriegsbeteiligungen als Begründungen erhalten müssen.

Doch mit dem Untergang der DDR im Jahr 1990 ist die Spaltung Deutschlands nicht überwunden. Es existieren noch immer das Deutschland West als Macht ausübender Teil und das Deutschland Ost als untergeordneter Teil auf vielfältige Weise.

Was den alltäglichen Umgang mit den Einwohnern in den neuen Bundesländern angeht, so spüren sie dies im Alltag – auch nach über zwanzig Jahren: Sie fühlen sich als Bürger zweiter Klasse in diesem »einheitlichen« Deutschland. Was die nicht mehr existierende DDR angeht, so heißt sie in der alltäglichen Umgangssprache »die zweite deutsche Diktatur«. Jedes Jubiläum wird zur »Beweisführung« für die »Rechtmäßigkeit« des Begriffes DDR-Diktatur benutzt.

Das markante Jubiläum im Jahr 2011 heißt: Mauerbau vor fünfzig Jahren. Ganze Heerscharen von Historikern, Politikern von gestern und heute, angebliche Zeitzeugen und solche, die meinen es zu sein, werden sich dazu äußern. Dokumente werden passend zurechtgeschnitten. Bücher und Filme werden aufgeboten, um zu »beweisen« und zu dokumentieren, wie unrechtmäßig die Maßnahmen der Sowjetregierung, der Staaten des Warschauer Vertrages einschließlich der DDR vom Sommer 1961 waren.

In den vorangegangenen Beiträgen wurden die Ursachen und Fakten, die zu diesen Maßnahmen führten, ausführlich dargestellt. Der Buchtitel »Ohne die Mauer hätte es Krieg gegeben« von Kessler und Streletz bringt es noch einmal auf den Punkt. So auch die Feststellungen des damaligen US-Präsidenten J. F.

Kennedy: »Warum sollte Chruschtschow eine Mauer errichten, wenn er tatsächlich vorhätte, sich Westberlin einzuverleiben?«, argumentierte er. »Das ist sein Ausweg aus einer schlimmen Lage (...) Eine Mauer ist tausendmal besser als ein Krieg.« [1]

Ja, es gab keinen Krieg. Die Lage entspannte sich in Europa. Daran sollten die heute lebenden Generationen denken, wenn sie Krokodilstränen vergießen wegen des Leids, das auch die Mauer mit sich gebracht hat. Wer würde von denen leben, wenn es wegen Berlin einen atomaren Krieg in Deutschland und damit in Europa gegeben hätte? Die damaligen mächtigsten Männer der Welt, Chruschtschow und Kennedy, haben mit der Entscheidung und der Duldung dieser Entscheidung zugunsten von Frieden auch

aus der Sicht nach fünfzig Jahren weiser gehandelt, als diejenigen, die heute meinen, das Recht zu haben, über diese Entscheidungen urteilen zu können.

Ja, diese Mauer und das damit verbundene Grenzregime zwischen beiden deutschen Staaten, das ein Grenzregime zwischen zwei der damals mächtigsten Militärblocke war, die die Welt bis dahin kannte, brachte Tote, von denen jeder einer zu viel war. Aber es brachte auch Europa den Frieden. Das ist zu bedenken.

Zu bedenken ist aber auch, jede Entscheidung hat eine Vorgeschichte. Diese Vorgeschichte heißt, die Frage zu beantworten, wer spaltete Deutschland? Wer wollte mit

der Politik der Spaltung Deutschlands das Land, das bei der Zerschlagung des faschistischen Deutschlands die meisten Opfer brachte, um den Preis dieses Sieges bringen?

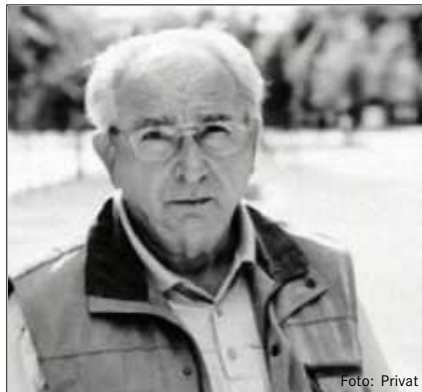
Die Ursachen für die Entscheidungen wurden bereits im Jahr 1947 gesetzt, als die westlichen Siegermächte damit begannen, sich von einer gemeinsam vereinbarten Deutschland-Politik zu verabschieden. Sie lagen dort, wo nach dem gemeinsamen Sieg über Hitler-Deutschland ein neuer Krieg begann: der Kalte Krieg.

Bedenken wir auch, die beiden deutschen Staaten – die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik – wurden erst im Jahr 1990 mit der Ratifizierung des Zwei-Plus-Vier-Vertrages aus der Verantwortung durch die Siegermächte der Anti-Hitler-Koalition entlassen, für die sie bis zu diesem Datum seit dem 8. Mai 1945 die Verantwortung getragen hatten.

Es ist der Blick in die Geschichte des 20. Jahrhunderts, der mit dieser Artikelserie zum Thema 13. August 1961 hergestellt werden sollte.

Quelle:

[1] David Burner: John. F. Kennedy. Der Traum von einer besseren Welt, Heyne-Verlag, München, Deutsche Ausgabe 1992, Seite 118



Unser Autor Jochen Traut ist Sprecher des »Geraer Dialogs« | www.sozialistischer-dialog.de



Die »Arche Noah« am westlichen Ortsrand von Uelleben ist nicht zu überhören. Das Hundegebell mag manchem Einwohner unangenehm sein, und auch bei den Mitarbeitern des Tierheims herrscht derzeit nicht immer eitel Sonnenschein. Denn mit 55 Hunden, mehr als 100 Katzen und etlichen Kleintieren ist die Einrichtung total überfüllt.

Doch für die ausgesetzten, aufgegriffenen oder abgegebenen Insassen ist es eine letzte Zufluchtsstätte, wie eben in der biblischen Arche Noah vor mehr als 2000 Jahren. Allerdings müssen sie nicht vor den heranbrausenden Wassermassen flüchten, sondern sie sind vielfach Opfer unserer reizüberfluteten und mit falscher Tierliebe behafteten Wegwerfgesellschaft. Etwa 50 Prozent der Hunde sind sogenannte Gnadenbrot-Tiere, die außerordentlich schlechte Vermittlungschancen haben.

Das Tierheim in Uelleben ist eng mit der Entwicklung des Tierschutzvereins Stadt und Landkreis Gotha verknüpft. Es ist sozusagen das Herzstück des Vereins. Im Jahre 1990 von Harald von Fehr gegründet, erwarben die Tierfreunde das Grundstück am Rande von Uelleben und begannen ein Jahr später mit dem Bau der »Arche Noah« – so sah es die Satzung vor. Der Anfang war mühsam. Mit primitivsten Mitteln wurde das Grundstück urbar gemacht, Versorgungsleitungen gelegt usw. Heute ist das Tierheim eine schicke Anlage mit Häusern, Pensionszwingern und Freilaufgehegen für die

artgerechte Unterbringung, Pflege und Versorgung von Hunden und Katzen.

Grundanliegen der ca. 100 Mitglieder des Vereins und der ca. 25 ehrenamtlichen Mitarbeiter des Tierheims ist es, das Interesse für Tiere zu wecken und den Tierschutzgedanken in der Öffentlichkeit zu publizieren. Der Verein ist Mitglied im Deutschen Tierschutzbund und im Landestierschutzverband Thüringen.

Herausforderungen für den Tierschutzverein

Das Tierheim »Arche Noah« ist bis auf den letzten Zwinger belegt



Wie überall wird viel Wert auf die Jugendarbeit gelegt, die nicht immer einfach ist. Schulklassen besuchen das Gelände oft und gerne. Mit den Städten und Gemeinden sowie mit vielen Unternehmen des Landkreises Gotha besteht eine gute Zusammenarbeit – soll heißen, dass die Einrichtung fast ausschließlich von Spenden getragen wird. In diesem Jahr legten 33 Sponsoren zusammen und kauften einen Kleintransporter.

Am 7. Oktober 2011 war die Übergabe im Rahmen einer Dankeschön-Veranstaltung.

Auf Grund der hohen Belastungen für die Ehrenamtlichen musste das diesjährige Tierheimfest ausfallen. Die traditionelle Tierweihnacht findet jedoch statt, und zwar am 3. Dezember 2011, wozu alle Tierfreunde herzlich eingeladen sind. Bestimmt gibt es zu diesem Anlass nicht nur Dankesworte, sondern auch Diskussionen über die umstrittene neue Regelung zum Halten von gefährlichen Tieren – das Thüringer »Gesetz zum Schutz der Bevölkerung vor Tiergefahren« vom 1. September 2011.

Die Aufstellung einer Rasseliste für sogenannte gefährliche Hunde löst nicht das Problem. Es stellt die Halter dieser Hunde mit Chip und Versicherung vor große Herausforderungen. »Dieses Gesetz stellt auch uns vor neue Aufgaben in der »Arche Noah«, die ohnehin bis auf den letzten Zwinger belegt ist«, meinte Vereinsvorsitzende Bärbel Bärwolf.

Wolfgang Möller
(Text und Fotos)

Tierschutzverein Stadt und Landkreis Gotha e.V.



Tierheim
»Arche Noah« Gotha

99869 Gotha-Uelleben
Boilstädter Straße 26
Tel.: (03621) 75 54 25
www.tierheim-gotha.net
info@tierheim-gotha.net

Futter- und Geldspenden:

Kreissparkasse Gotha:
BLZ 820 520 20
Konto-Nr. 750022620
Sparda-Bank:
BLZ 120 965 97
Konto-Nr. 2857200

Unsere
Öffnungszeiten:

Montag – Donnerstag:
14.00 – 16.30 Uhr
Samstag:
13.00 – 16.30 Uhr



Ein weiter Weg zur Bürgernähe

Unser Autor:
Horst Reising,
Waltershausen

Bürgernah, transparent und offen wollen sie sein. Das verkünden des Öfteren besonders FDP, CDU und SPD. Das Gegenteil muss man leider feststellen. Sie verschließen sich den Sorgen und Nöten der Bürger und verheimlichen Prüfberichte. Klimmzüge müssen die Bürger machen, wenn es um gerechte, sozialverträgliche Kommunalabgaben geht.

Rechtswidrige Abgabenbescheide für Abwasser wurden durch den Wasser- und Abwasserzweckverband (WAZV) Gotha und Landkreismunicipalitäten verschickt. Zwei Klagen haben die Bürgerinitiativen des Kreises Gotha 2009 vor dem Oberverwaltungsgericht in Weimar gegen Bescheide des Verbandes geführt. Und ihnen wurde jedes Mal die Rechts-

widrigkeit der Bescheide durch Urteile bestätigt.

Dessen ungeachtet legte der WAZV Gotha und Landkreismunicipalitäten mit Unterstützung der Kommunalaufsicht Gotha und der Verbandsräte/Bürgermeister beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig gegen diese Urteile Widerspruch ein. Am 23. August 2011 reiste erneut ein Stab von Befürwortern der überhöhten Kommunalabgaben in Leipzig an, um die unrealistischen Forderungen vor dem Bundesverwaltungsgericht zu rechtfertigen.

Auch dieses Mal hatte der WAZV Gotha erneut eine herbe Niederlage hinnehmen müssen. Die Bürgerinitiativen des Kreises Gotha bekamen Recht. Alle bis zum 31. Dezember 2008 verschickten Bescheide sind rechtswidrig und wurden aufgehoben. Im Strafrecht wären sie strafbar. Die Kosten des Verfahrens muss der WAZV Gotha tragen.

Wer bezahlt nun die Rechtsanwälte, die Gutachter, die Vertreter des Landratsamtes, der Kommunalaufsicht und des WAZV Gotha

etc., die alle zu dieser Verhandlung angereist waren? Auch hier sind es wieder die Bürger bzw. Kunden des WAZV, die schlussendlich diese Kosten tragen müssen.

Jahrelang wurden Prüfberichte des Innenministeriums, des Landesrechnungshofes und Urteile den Kunden gegenüber verheimlicht und nicht bürgerfreundlich umgesetzt. Die Kontrolle der Kommunalaufsicht war mangelhaft, die Gründe dafür sind umfangreich bekannt geworden.

Nun bleibt zu hoffen, dass sich endlich einmal die Politiker dieser unmöglichen Verhaltensweisen annehmen und klare, bürgerfreundliche Verhältnisse schaffen. Bisher mussten immer die Bürger die Zeche bezahlen.

Erfreulich ist, dass nach vielen Jahren der Kampf der Bürgerinitiativen langsam Früchte trägt, indem die CDU mit Mike Mohring als Fraktionsvorsitzenden im Thüringer Landtag langsam erkennt, dass der bisherige Kurs in der Gebühren- und Beitragspolitik bei Abwasser nicht mehr so weiter gefahren werden kann.



Ein Gedenkstein aus der belgischen Stadt Leuven gibt Anregung

Unser Autor:
Dr. Gerd Roth,
Gotha

In Gotha soll das Denkmal für die antifaschistischen Widerstandskämpfer und Opfer der Nazi-Herrschaft durch eine neue Gedenkstätte ersetzt werden. Gleichzeitig werden aber mit der bisher präsentierten Denkmalsinschrift die Millionen Opfer der Nazi-Herrschaft in Vorbereitung und Durchführung eines verbrecherischen Eroberungskrieges anonymisiert und damit verharmlost.

Es geht nicht nur um die deutschen antifaschistischen Kämpfer, die in Gestapo-Gefängnissen, KZ-Lagern und Hinrichtungsstätten ihr Leben geopfert haben, sondern auch um die Tausende von Menschen aus den okkupierten Gebieten, die in Lagern durch Hunger, katastrophale hygienische Verhältnisse und Krankheiten ihr Leben verloren hatten.

Ein eindrucksvolles Bild erhielten die Mitglieder des Seniorenclubs »Gothaer Land« kürzlich bei ihrem Besuch des KZ-Außenlagers Ellrich-Juliusshütte - eines der ca. 40 Lager des KZ-Komplexes Mittelbau-Dora. Die SS richtete Anfang Mai 1944 damit eines der am meisten gefürchteten und mit 8000 Insassen größten Außenlager des KZ Mittelbau-Dora ein. Die meisten Häftlinge wurden aus der

Sowjetunion, Polen, Frankreich und Belgien deportiert.

Bei einem Rundgang im ehemaligen Lagergelände, auf dem nur noch Reste von Fundamenten und zwei Denkmale vorhanden sind, erklärten uns zwei engagierte Mitglieder des Vereins »Jugend für Dora e.V.« anschaulich und emotional die Lebensbedingungen der Inhaftierten. Nicht unmittelbarer Mord, sondern zwölfstündiges Schuften in der Rüstungsschmiede Mittelbau-Dora, Hunger und mangelnde Hygiene waren die Ursache dafür, dass nur jeder Zweite überlebte.

Aufgrund der überdurchschnittlich hohen Todesrate ließ die SS noch im März 1945 ein Krematorium errichten. Innerhalb von nur fünf Wochen wurden hier mehr als 1000 Leichen verbrannt. Ihre Asche ließ die SS neben dem Krematorium abkippen. Als sich Anfang April 1945 die Befreiung durch amerikanische Truppen abzeichnete, ließ die SS das Lager mit brutalen Mitteln räumen.

Mit der deutschen Teilung wurde auch das Lagergelände in Ost (Ellrich) und West (Walkenried) getrennt. Die Entwicklung in

dieser Zeit bedarf eigentlich einer gesonderten Schilderung. Nur soviel: Sofort nach der Wiedervereinigung wurde das gesamte Gelände vom Bundesumweltministerium zum Naturschutzgebiet erklärt, so dass die Errichtung einer Gedenkstätte unmöglich wurde.

Die Gesamtgemeinde Walkenried errichtete im Jahr 1989 am Standort des ehemaligen Krematoriums einen Gedenkort, der liebevoll von einem älteren Ehepaar gepflegt wird. 1994 wurde im Auftrag der belgischen Stadt Leuven auf dem früheren Appellplatz ein Gedenkstein gesetzt. Seit Mitte der 1990er Jahre gibt es außerdem einen Rundweg, den der Verein »Jugend für Dora« betreut.

Die Inschrift des Gedenksteins lautet: »1944 - 1945 | Außenlager Ellrich | Zum Gedenken an die hier durch die Nazis ermordeten Menschen.«

Ich meine, diese Formulierung könnte auch als Anregung für die Inschrift am neuen Denkmal in Gotha dienen.

Literatur:
Gedenkort KZ-Außenlager Ellrich
Juliusshütte,

Flyer KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora

In Erinnerung an die Verbrechen, die in der Pogromnacht vom 9. zum 10. November 1938 an jüdischen Mitbürgern verübt wurden, findet am 9. November 2011 um 14.00 Uhr eine Kranzniederlegung auf dem Jüdischen Friedhof in Gotha statt. Um 17.00 Uhr beginnt dann an dieser Stelle der Gedenkgang zur ehemaligen Jüdischen Synagoge.



Wir gratulieren recht herzlich zum Geburtstag

		zum	am
Jürgen Seifert	Aspach	62.	1. November
Otto Stöckigt	Gotha	88.	13. November
Otto Preuk	Gotha	81.	13. November
Lothar Krug	Ingersleben	60.	13. November
Marie Zimmermann	Gotha	87.	15. November
Artur Lamm	Gotha	91.	16. November
Karl-Heinz Uschmann	Gräfenhain	78.	16. November
Friedel Schmidt	Mühlberg	68.	16. November
Robert Wiegand	Gotha	60.	16. November
Otto Bartzsch	Friedrichroda	83.	17. November
Renate Maaz	Gotha	61.	17. November
Gerd Roth	Gotha	80.	23. November
Hannelore Herr	Gotha-Siebleben	83.	24. November
Edelgard Gläser	Mühlberg	72.	24. November
Lothar Schulz	Gotha	82.	28. November
Hannelore John	Gotha	78.	28. November
Hannelore Just	Dachwig	73.	28. November

Auch allen anderen Genossinnen und Genossen, allen anderen Leserinnen und Lesern, wünschen der Kreisvorstand der Partei DIE LINKE und die »klarsicht«-Redaktion alles Gute zum Ehrentag.

Termine November 2011

01.11.	14:30	Redaktionssitzung »klarsicht« Geschäftsstelle
05.-06.11.	—	3. Landesparteitag DIE LINKE. Thüringen Sömmerda
07.11.	18:00	Sitzung der Kreistagsfraktion Fraktionszimmer
08.11.	18:00	Geschäftsführender Vorstand Geschäftsstelle
09.11.	17:00	Kreistagssitzung Louis-Spohr-Saal
	—	Gedenken an die Pogromnacht Jüdischer Friedhof
14.11.	14:30	Redaktionssitzung »klarsicht« Geschäftsstelle
15.11.	18:00	Kreisvorstandssitzung Geschäftsstelle
21.11.	14:30	Redaktionssitzung »klarsicht« Geschäftsstelle
	18:00	Sitzung der Kreistagsfraktion Fraktionszimmer
	18:00	»Hände weg vom Grundschulhort« – Diskussion mit Michaela Sojka, bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. Thüringen Waldbahn-Hotel Gotha, Bahnhofstraße 16
23.11.	17:00	Kreistagssitzung Louis-Spohr-Saal
24.11.	14:00	Info-Stand des Kreisvorstandes Neumarkt, Gotha
	14:00	»Mein Leben am Rande des Gulags« – Gespräch mit Pawel Lochthofen Klub »Galletti«, Judenstraße 44
	17:00	Beratung mit den Basisvorsitzenden Geschäftsstelle
29.11.	15:00	Geschäftsführender Vorstand Geschäftsstelle
	15:00	Sprechstunde der Stadtratsfraktion Geschäftsstelle
30.11.	17:00	Stadtratssitzung Bürgersaal

EDITION DB NOTIZEN

Libyen ist – logo – nicht die Tschechei und ein Kriegsschiff – klar – kein Panzer.

Dietmar Beetz, Jahrgang 1939

IMPRESSUM

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Gotha, 99867 Gotha, Blumenbachstraße 5; im Internet unter: www.die-linke-gotha.de; E-Mail: rsgeschaeftsstelle@die-linke-gotha.de; Fon: (03621) 85 61 62, Fax: (03621) 85 61 64.

Redaktionskontakte: 99867 Gotha, Blumenbachstraße 5; Fon: (03621) 85 61 62, Fax: (03621) 85 61 64, E-Mail: klarsicht@die-linke-gotha.de

Redaktionsleiter: Lothar Adler (V.i.S.d.P.), Telefon: (03621) 85 64 68, E-Mail: wkb-gotha@martinarennner.de **Redaktionsmitglieder:** Christine Brand, Gerhard Möller, Wolfgang Möller, Helga Oschütz, Volker Pöschel, Sebastian Schreiner, Gerd Wagenknecht, Ursula Weidenbecher. **Erscheinungsweise:** in der Regel monatlich. **Redaktionsschluss:** jeweils am 15. des Vormonats. **Ihre Zuschriften** bitte an eine der genannten Adressen; namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder. Manuskriptänderungen ohne Sinnentstellungen sind möglich. Die mit gezeichneten Artikel sind Beiträge der Redaktion. **Spendenkonto:** Raiffeisenbank Gotha eG, Gotha, BLZ 82064168, Kto-Nr. 2076616.

Ist doch klar(sicht)...

Geliefert!



**FDP-Chief Rösler
in seiner Antrittsrede
auf dem Rostocker
Bundespartei
in diesem Frühjahr:
»Ab jetzt wird
geliefert.«**

*Fazit zum Wahljahr 2011:
Aus dem ehemaligen
»Projekt 18« ist das
»Projekt 1,8« geworden.*

**FRÜHERE
DRITTE
PARTEI**

In der Bücherkiste gestöbert

Günter Heribert Münzberg:

»Fette Beute«

Ein Insider berichtet aus der Treuhandanstalt!

In diesem Buch geht der Autor der Sache auf den kriminellen Grund und beweist: Das Leben schreibt noch immer die härtesten Krimis... 108 000 Quadratkilometer machen Appetit. Ein Markt mit 16 Millionen Konsumenten. Und dazu die Industrieanlagen und Immobilien, Betriebe, Bauwerke und Bodenschätze. Und alles zum Schnäppchenpreis. Die Treuhand machte es möglich. Eine Hand wusch die andere, Geben und Nehmen, wie es unter Ganoven Brauch ist.



352 Seiten, Preis: 9,95 Euro, Artikelnummer: 66338,
Buchbestellung: Redaktion »Unsere Buchempfehlungen für Sie«,
Neue Grünstraße 18, 10179 Berlin

Verein **kubiXX** e.V.

Jeden 2. Sonntag um 9.00 Uhr



Mit der LINKEN in die Zukunft – Bürgerideen.
Politiker fragen – Bürger antworten.
Wie können wir die Lebensqualität
gemeinsam verbessern?

Mit Bernd Fundheller und Gästen.

**Schulen
Kitas
Straßen
Einkaufszentrum
Schwimmbad
Abgaben
Denkmal**

**Blumenbachstr. 5
99867 Gotha
Fon: (03621) 85 61 62
Fax: (03621) 85 61 64**